

Volksentscheid der Landesregierung Schulden bremsen – oder Einnahmen erhöhen?

Wer seine möglichen Einnahmen nicht voll ausschöpfen möchte, der kann seine Ausgaben nur über immer neue und höhere Schulden finanzieren – oder muss die Ausgaben drastisch drosseln. Genau das will die Hessische Landesregierung erreichen, wenn sie am 27. März 2011 durch eine allgemeine Volksabstimmung eine so genannte „Schuldenbremse“ in die Hessische Landesverfassung aufnehmen will. Die Damen und Herren um **Ministerpräsident Volker Bouffier** gehen davon aus, dass sich die wahlberechtigten Menschen in Hessen vom „Gespenst“ angeblich unerträglicher Staatsschulden abschrecken lassen und sich für deren drastische Begrenzung aussprechen.



Die Folge einer solchen Entscheidung wäre ein allgemeiner Investitionsstopp der öffentlichen Hand, um die Ausgaben des Landes Hessen in einem gesetzlich vorgegebenen engen Rahmen zu halten. Oder der **Haushalt in einem Bereich würde empfindlich beschnitten**, um Geld für tatsächlich oder angeblich dringendere Projekte freizumachen. Denn die Finanzierung über Kredite wäre verboten oder zumindest nur noch auf „Sparflamme“ möglich. Eine solche Entwicklung ist das Ergebnis einer staatlichen Finanzpolitik, die sich das fehlende und notwendige Geld für öffentliche Ausgaben nicht bei jenen holt, die darüber reichlich verfügen. Denn eine **konsequentere Steuerpolitik als bisher** könnte dem Staat viele Milliarden Euro in die „Kasse“ bringen; beispielsweise durch

- die Wiedereinführung der Vermögensteuer von einem Prozent und einen Freibetrag von 500.000 Euro;
- die Anhebung der Unternehmenssteuer auf früheres Niveau;



Helmut Appel

freigestellter Betriebsrat,
Vorsitzender Landesfachgruppen-
Vorstand Einzelhandel Hessen

- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer;
- eine Reform der Erbschaftssteuer;
- eine Weiterentwicklung der Gewerbe- zur Gemeindefachgruppen-
wirtschaftsteuer;
- die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Wer nur die staatlichen Schulden bremsen, aber die Einnahmen nicht erhöhen will, der forciert **Sozialabbau statt sozialen Ausgleich zwischen Reich und Arm**. Die „Schuldenbremse“ in der Hessischen Landesverfassung soll dafür die gesetzliche Grundlage liefern. Wer also einen armen Staat und fortgesetzten Sozialabbau verhindern möchte, der lehnt die „Schuldenbremse“ ab – auch am **27. März 2011**. **Ein NEIN, das sich lohnt!**

Mehr Informationen zu diesem Thema:
www.gerecht-geht-anders-hessen.de

Tarifrunde im Einzelhandel Hessen hat begonnen

„Jetzt sind wir dran!“ lautet das Motto für die Tarifrunde 2011

Nachdem die Umsätze in der Branche in 2010 um 2,5 % gestiegen sind und die Arbeitgeber ein Anwachsen ihrer Gewinne um 4,4 % auf monatlich 614,- € pro Beschäftigtem verbuchen konnten, ist es jetzt endlich an der Zeit, dass die Beschäftigten auch mehr Geld bekommen.

ver.di fordert:

- 6 % mindestens 120,- € mehr Lohn/Gehalt,
- 6 % mehr für die Auszubildenden und
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit beim Einsatz von Leiharbeiter/innen.

Über diese Forderungen wurde in zwei Tarifverhandlungsrunden verhandelt. In der 2. Verhandlungsrunde am 9. März 2011 legten die Arbeitgeber ihr „Angebot“ vor, das auf einen Reallohnverlust hinauslaufen würde.

Sie boten an:

- 3 Nullmonate von April bis Juni 2011 plus
- Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 1,5 % ab 1.7.2011 = das ergebe eine Entgeltsteigerung von 1,1 % bei 12 Monaten Laufzeit des Tarifvertrages.

Bezogen auf die aktuelle Inflationsrate von 2,4 % würde dies einen Reallohnverlust von 1,3 % bedeuten. Angesichts der zurzeit rasant steigenden Benzinpreise müssten alle Beschäftigten mit einem längeren Anfahrtsweg zur Arbeit mit einem noch höheren Verlust in ihrem Geldbeutel rechnen. Auf das Thema „Leiharbeit“ reagierten die Arbeitgeber mit einem klaren NEIN auf die Forderung von ver.di, die Leiharbeit im Einzelhandel auf kurzfristige Arbeitsspitzen und Notfälle zu begrenzen und durch Ausgleichszahlungen tarifgerecht zu gestalten. Hierzu wurde das scheinheilige „Argument“ bemüht, sie wollten nicht in bestehende Tarifverträge der Gewerkschaften mit den Zeitarbeitsfirmen eingreifen.

Jetzt wird klar: Mehr Geld gibt's nur mit Bewegung aus den Betrieben!

Keine Frage, die ver.di-Verhandlungskommission lehnte das „Angebot“ der Arbeitgeber ab, da es weder der wirtschaftlichen Entwicklung noch der Leistung der Beschäftigten im Einzelhandel irgendwie gerecht wird. Wer den Gewinn von 2009 auf 2010 um 3,6 % auf 20,2 Milliarden Euro erhöhen kann, der hat auch genügend Geld, die Beschäftigten an diesem Ergebnis angemessen zu beteiligen!

Abseits stehen ist nicht nur beim Fußball falsch – Mitmachen ist richtig und wichtig!

Ein erster Schritt:

Ja, ich will Mitglied werden bei ver.di, Fachbereich Handel

Eintritt ab _____	Übertritt ab _____	von der Gewerkschaft _____
Name, Vorname _____	Branche _____	
Straße, Hausnummer _____	Beschäftigt bei (Betrieb) _____	
PLZ, Wohnort _____	Straße, Hausnummer _____	
Telefon (privat/mobil) _____	PLZ, Ort _____	
Geburtsdatum, Nationalität _____	Tarifgruppe lt. Tarifvertrag _____	Werber/in _____
Einzugsermächtigung Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftverfahren bzw Gehalts/Lohnabzug <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich <input type="checkbox"/> halbjährlich <input type="checkbox"/> jährlich einzuziehen.	Tätigkeits-Berufs-jahr _____	E-Mail-Adresse <input type="checkbox"/> Angestellte(r) <input type="checkbox"/> Arbeiter (in) <input type="checkbox"/> Auszubildende(r) bis _____ <input type="checkbox"/> Vollzeitbeschäftigt <input type="checkbox"/> Teilzeit mit _____ Std./Monat <input type="checkbox"/> Arbeitslos <input type="checkbox"/> Sonstiges _____
Name des Geldinstituts _____	Mein Bruttoeinkommen _____ €	
Konto-Nr. _____	Bankleitzahl _____	
Datum _____	Unterschrift _____	

Mein Monatsbeitrag
Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 % des regelmäßigen Bruttoeinkommens



ver.di Landesbezirk Hessen
Landesfachbereich Handel
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt/Main
Telefon: 069/25 69-14 20
Telefax: 069/25 69-14 99
www.handel.hessen.verdi.de

V.i.S.d.P.:
Bernhard Schiederig



Druck:
Herbert'sche Druckerei
Griesheim
Satz:
DTP-Studio Klaus Hedderich
Riedstadt-Wolfskehlen

Bezirk Frankfurt/Main & Region und Bezirk Hanau
Fachbereich 12 – Handel
Postfach 20 02 55
60606 Frankfurt/Main
Telefon: 069/25 69-0

Bezirk Südhessen
Fachbereich 12 – Handel
Rheinstraße 50
64283 Darmstadt
Telefon: 0 61 51/39 08-0

Bezirk Wiesbaden
Fachbereich 12 – Handel
Bahnhofstraße 61
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11/1 83 07-0

Bezirk Mittelhessen
Fachbereich 12 – Handel
Walltorstraße 17
35390 Giessen
Telefon: 06 41/9 32 34-0

Bezirk Nordhessen und Bezirk Osthessen
Fachbereich 12 – Handel
Kölnische Straße 81
34117 Kassel
Telefon: 05 61/97 06-0